

GDF-AKTUELL

NEWSLETTER DER GRUPPE DER FRAUEN DER
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich, Sie als neue Vorsitzende der Gruppe der Frauen hier zum ersten Mal begrüßen zu dürfen.

Nach einer erholsamen Sommerpause startete der Deutsche Bundestag im September wieder mit neuem Schwung in die Sitzungszeit. Gleich im September fand die öffentliche Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Thema „weibliche Genitalverstümmelung“ statt. Lesen Sie dazu unsere Pressemitteilung auf Seite 5.

Für unsere Rubrik „3 Fragen an...“ konnten wir diesmal Hildegard Müller gewinnen.

Des Weiteren nutzen wir auch diese Ausgabe unseres Newsletters, um Ihnen fünf weitere Mitglieder der Gruppe der Frauen vorzustellen. Diesmal dabei: Anita Schäfer, Dr. Annette Schavan, Erika Steinbach, Lena Strothmann, und Antje Tillmann.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Ihre

Jugrid Finckhbach

ACHTE AUSGABE

DES
GDF-NEWSLETTERS

Merkel weiterhin mächtigste Frau der Welt

Im zweiten Jahr in Folge hat das US-Magazin "Forbes" die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zur mächtigsten Frau der Welt gekürt. Die Kanzlerin führte die gestern veröffentlichte Liste der hundert einflussreichsten Frauen der Welt vor der chinesischen Vizeministerpräsidentin Wu Yi an, die ihrerseits US-Außenministerin Condoleezza Rice auf Rang zwei ablöste.

Unter den Frauen auf den zehn ersten Plätzen sind Merkel und die britische Geschäftsfrau Cynthia Carroll die einzigen Europäerinnen, fünf weitere stammen aus den USA und drei aus Asien. Die Bundeskanzlerin ist die einzige Deutsche auf der Liste. Es ist erst das vierte Mal, dass "Forbes" eine Liste mächtiger Frauen zusammenstellt - früher gab es nur eine Rangfolge der einflussreichsten Männer weltweit.

Forbes Magazine, 30.08.2007

3 Fragen an...

Hildegard Müller MdB

Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin
(Das Amt ruht zur Zeit)



1. Was ist für Sie moderne Frauenpolitik?

Moderne Frauenpolitik bedeutet für mich die Gewährleistung von gleichberechtigter Teilhabe von Frauen und Mädchen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Die moderne Familienpolitik ist ein sehr wichtiger Bestandteil von Frauenpolitik, aber Frauenpolitik ist noch mehr als Familienpolitik und kann durch diese nicht ersetzt werden. Für viele junge Menschen ist die Wahl zwischen Beruf und Familie oft ein schwieriger Prozess und mehr als eine Bewährungsprobe. Nur wenn verstärkt Möglichkeiten geschaffen werden, Beruf und Familie grundsätzlich miteinander vereinbaren zu können, werden sich noch mehr junge Frauen und Männer für ein Leben mit Kindern entscheiden.

2. Was ist für Sie moderne Familienpolitik?

Wenn alte Rollenmuster von Frauen und Männern überwunden werden, wenn mehr Frauen in wirtschaftliche Führungspositionen gelangen, wenn Allianzen mit der Wirtschaft zur Förderung der Gleichstellung und zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben geschaffen werden, dann haben Männer und Frauen gleiche Chancen in der Erwerbs- und Familientätigkeit. Das ist für mich moderne Familienpolitik.

Ehe und Familie sind wichtige Fundamente unserer Gesellschaft. Familie ist aber nicht nur Eltern mit Kindern, sondern auch Eltern mit Kindern und Großeltern oder sogar Urgroßeltern. Familie ist dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Ich unterstütze diesen Satz aus dem Grundsatzprogramm vollumfänglich und hoffe, dass wir gemeinsam an der Verwirklichung von echter Wahlfreiheit arbeiten.

3. Was wünschen Sie sich von der Gruppe der Frauen?

Von der Gruppe der Frauen wünsche ich mir weiterhin eine konstruktive Einmischung in alle Bereiche der Politik. Sie soll mutig und engagiert bleiben und den Blick auf alle Politikfelder geöffnet halten.

>>> VORSTELLUNG DER MITGLIEDER DER GRUPPE DER FRAUEN

Name: Anita Schäfer
Geburtsdatum: 09. Juli 1951
Landesgruppe: Rheinland-Pfalz
Wahlkreis: Südwestpfalz (WK - Nr.: 212)
Funktionen: - Mitglied der deutschen Delegation der Parlamentarischen
Versammlung der NATO



Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:

- Verteidigung
- Tourismus

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:

- Haushalt

Schwerpunkthemen / Berichterstattungen:

- Verteidigung: Frauen in der Bundeswehr / Gleichstellungsfragen,
Wehrbeauftragter, Verpflegung, Bekleidung, kath. Militärseelsorge,
Konversion, Truppenübungsplätze, Öffentlichkeitsarbeit, Afrika
(Kindersoldaten), China
- Tourismus: Camping, Messtourismus, Bauernhof, Sextourismus

Name: Dr. Annette Schavan
Geburtsdatum: 10. Juni 1955
Landesgruppe: Baden-Württemberg
Wahlkreis: Ulm (WK - Nr.: 292)
Funktionen: Bundesministerin für Bildung und Forschung



Name: Erika Steinbach
Geburtsdatum: 25. Juli 1943
Landesgruppe: Hessen
Wahlkreis: Frankfurt am Main II (WK - Nr.: 184)
Funktionen: Sprecherin der Fraktion für Menschenrechte
und Humanitäre Hilfe



Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:

- Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:

- Inneres

Name: Lena Strothmann
Geburtsdatum: 20. Dezember 1952
Landesgruppe: Nordrhein-Westfalen
Wahlkreis: Bielefeld (WK - Nr.: 133)
Funktionen: Vorstandsmitglied im Parlamentskreis Mittelstand
Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:
- Wirtschaft und Technologie
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:
- Angelegenheiten der Europäischen Union
- Haushalt
Schwerpunkthemen / Berichterstattungen:
- Handwerk
- Europa



Name: Antje Tillmann
Geburtsdatum: 28. August 1964
Landesgruppe: Thüringen
Wahlkreis: Erfurt - Weimar - Weimarer Land II (WK - Nr.: 194)
Funktion:
- Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der
Föderalismus- II Kommission
- Vorsitzende der Arbeitsgruppe Föderalismuskommission
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:
- Finanzen
- Vermittlung
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:
- Haushalt



Immer mehr Frauen als Existenzgründer

Das Interesse von Frauen an Gründung einer wirtschaftlichen Existenz nimmt zu. Im Jahr 2007 ließen sich 144.000 Frauen, 1000 mehr als im Vorjahr, bei den Industrie- und Handelskammern in Deutschland zur Unternehmensgründung beraten. Die Zahl der an Unternehmensgründungen interessierten Frauen ist damit seit 2002 um 26 Prozent gewachsen. Entscheidend hierfür ist der Wunsch von immer mehr Frauen nach größerer finanzieller Unabhängigkeit und selbständiger Berufstätigkeit.

*Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag,
<http://www.dihk.de/inhalt/informationen/news/wochen-thema/13092007.pdf>*

Philippinische Frauen in Führungspositionen

Auf den Philippinen haben mehr Frauen als Männer eine Führungsposition inne. Das philippinische Arbeitsministerium teilte mit, dass im Jahr 2006 rund 2,25 Millionen Frauen, aber nur etwa 1,6 Millionen Männer in leitender Position beschäftigt waren.

In den vergangenen Jahren ist der Anteil an Frauen in Führungsetagen stetig gewachsen: Im vergangenen Jahr traten 97.000 Frauen eine leitende Stellung an, aber nur 16.000 Männer. Aufgrund der guten Bildung von Frauen wird sich dieser Trend voraussichtlich fortsetzen, denn jede Dritte arbeitende Frau auf den Philippinen hat einen höheren Schulabschluss, bei den Männern aber nur jeder fünfte.

Meldung afp, vom 20.08.2007

Lohnschere bekämpfen

Anlässlich der Mitteilung der EU-Kommission zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen MdB, am 19. Juli 2007:

Die Initiative der EU-Kommission zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles ist begrüßenswert. Das Ziel dieser Mitteilung ist es, dem Kampf gegen das Lohngefälle einen neuen Anstoß zu geben. Die Forderungen und Vorschläge der Kommission sind vielfältig und reichen von der Überprüfung der lückenlosen Umsetzung bestehenden Gemeinschaftsrechts hin bis zu einer Verbesserung der Qualität der Statistiken bezüglich einschlägiger Indikatoren.

Auch die Koalition hat sich der Problematik der in Deutschland existierenden hohen Lohnschere von durchschnittlich 22 Prozent angenommen und in dem Antrag „Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken“ (BT-Drucksache 16/4558 vom 7. März 2007) aufgegriffen. Die Maßnahmen betreffen dabei sowohl die Bekämpfung der Lohnschere durch gemeinsame Ziele mit den Tarifparteien als auch eine Veränderung der Situation, die zu der Lohnungleichheit führt, wie zum Beispiel die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine weitere Berufswahl von jungen Frauen hin zu technischen und wissenschaftlichen Berufen.

Obwohl in Deutschland die Diskriminierung von Frauen verboten ist, gibt es doch Fälle in denen Frauen in Unternehmen deutlich schlechter bezahlt werden. So hatte zum Beispiel ein Logistik Unternehmen in Norddeutschland systematisch seine Mitarbeiter je nach Geschlecht nach unterschiedlichen Tarifverträgen vergütet. Dadurch verdienen Frauen bei gleicher Tätigkeit bis zu 300 Euro monatlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Der Betriebsrat hat mittlerweile erfolgreich dagegen geklagt.

Frauen vor Genitalverstümmelung schützen

Anlässlich der Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Bekämpfung von Genitalverstümmelung am 19. September 2007 erklären die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen MdB, und die zuständige Berichterstatterin der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Michaela Noll MdB:

Weltweit sind schätzungsweise 130 Millionen Mädchen und Frauen durch Zwangsbeschneidungen verstümmelt. Schätzungen der NGOs gehen derzeit von 30.000 betroffenen oder bedrohten Frauen und Mädchen in Deutschland aus – Statistiken darüber existieren nicht.

Die Genitalverstümmelung von Frauen ist in vielen afrikanischen Ländern gesetzlich verboten, sie findet jedoch weiterhin statt, hauptsächlich in ländlichen Regionen. Auch in Deutschland verstößt weibliche Genitalverstümmelung gegen das Strafrecht. Trotzdem findet Genitalverstümmelung von Mädchen und Frauen leider auch in Deutschland statt. Wichtig ist es daher, die gesamte Gesellschaft zu sensibilisieren und eine Situation zu schaffen, die es bedrohten Mädchen ermöglicht, vorher Anlaufstellen zu finden und Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Gemeinsam müssen wir Wege finden, Mädchen und Frauen in Deutschland und in ihren Herkunftsländern vor diesem unmenschlichen Brauch besser zu schützen. Die Fraktionen im Bundestag sollten daraus eine gemeinsame Sache machen: Wenn wir die Möglichkeit haben, dem einen oder anderen Mädchen dieses Schicksal zu ersparen, dann sollten wir sie nutzen.

Kinderarmut bekämpfen!

Die Frauen Union macht sich seit langem gegen Kinderarmut stark. Der Beschluss des CDU Parteivorstandes „Kinderarmut bekämpfen!“ vom 20. August 2007 ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Kinder sind das schwächste Glied in der Kette der Gesellschaft. Sie müssen wir besonders schützen.

Die Einführung eines Familiensplittings und die Anwendung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf typische Kleinkind- und Kinderprodukte des täglichen Bedarfs wird von der Frauen Union ausdrücklich begrüßt, da nicht einzusehen ist, weshalb auf Blumen und Tierfutter nur 7 Prozent Mehrwertsteuer anfallen, bei Windeln, Schnullern und Fläschchen für Säuglinge aber der volle Mehrwertsteuersatz gezahlt werden soll.

Bereits auf dem letzten Parteitag der CDU in Dresden hat die Frauen Union gemeinsam mit den anderen Vereinigungen der CDU und dem Evangelischen Arbeitskreis von CDU und CSU den Kampf gegen Kinderarmut zum Thema gemacht und einen entsprechenden Antrag eingebracht. Der Bundesvorstand der CDU hat diesen Antrag aufgegriffen und ein umfangreiches Konzept daraus erstellt. Das ist ein großer Erfolg für die Frauen Union - und ein noch größerer für die Kinder!

Armut besteht jedoch nicht nur aus materiellem Mangel, sondern vor allem aus Mangel an Perspektiven und Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb ist neben finanzieller Unterstützung von Familien auch frühkindliche Bildung und individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen erforderlich.

Mehr Transparenz bei der Pflege!

Aktuelle Berichte über Missstände in deutschen Pflegeheimen haben uns deutlich vor Augen geführt, wie wichtig strikte unangemeldete Kontrollen sind. Wir brauchen einen Pflege-TÜV!

Dabei sollen keine neuen bürokratischen Hemmnisse errichtet werden. Die unangemeldeten Prüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen und der Heimaufsicht können gemeinsam erfolgen, um das Heim nicht unnötig zu belasten. Diese Prüfberichte, Personalschlüssel und Zertifizierungen müssen auf Wunsch der Heimbewohner, ihrer Angehörigen oder anderer Interessenten veröffentlicht werden. Nur so kann die notwendige Transparenz über die Qualität der Pflege in den Heimen hergestellt werden.

Bei der Diskussion um die Pflege darf allerdings nicht vergessen werden, dass es nicht nur um die Fragen der gesundheitlichen Pflege geht, sondern auch um Zeit und Zuwendung für den Menschen. Neben dem pflegerischen Personal brauchen die Heime zusätzliche betreuende Hilfskräfte, die diese Lücke schließen.

Gewalt gegen Frauen bekämpfen

Nach bisherigen Schätzungen sind rund 25 Prozent der in Deutschland lebenden Frauen von häuslicher Gewalt betroffen. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Häusliche Gewalt gegen Frauen konsequent weiter bekämpfen“ fordern wir die Bundesregierung auf, den Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen unter Einbeziehung der empirischen Erhebung fortzuschreiben und eine breite Informationspolitik zum Thema häusliche Gewalt gegen Frauen intensiv zu unterstützen. Des Weiteren fordern wir, das Thema Gewalt gegen Migrantinnen verstärkt in den Blick zu nehmen und Daten in der Kriminalitätsstatistik über ihren Opferstatus zu erheben.

Programm zur betrieblich unterstützten Kinderbetreuung

Im Rahmen der Ausbaustrategie zur Kinderbetreuung legt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein besonderes Augenmerk auf die Förderung der betrieblich unterstützten Kinderbetreuung.

Mit einem Finanzierungsprogramm aus ESF-Mitteln sollen Anreize für kleine und mittlere Unternehmen gesetzt werden, zusätzliche Betreuungsplätze für Mitarbeiterkinder unter drei Jahren einzurichten. Pro Platz können bis zu 5.000 Euro jährlich als Zuwendung geleistet werden. Die Finanzierung ist für zwei Jahre konzipiert, um die Startphase zu erleichtern. Start des Programms ist Anfang 2008.

Weitere Informationen demnächst unter www.bmfsfj.bund.de

Vielfalt als Chance in der Ausbildung

Am 23. August 2007 hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer, die Kampagne „Vielfalt als Chance“ gestartet. Deren Ziel ist es, das Potential von Menschen aus Zuwandererfamilien stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und zu zeigen, dass Wirtschaft und Gesellschaft bereits heute in vielerlei Hinsicht von Vielfalt profitieren. Vielfalt in der betrieblichen Personalpolitik ist in der globalen Wirtschaft ein Schlüssel zum Erfolg.

Als Teil der Kampagne findet ein Wettbewerb „Kulturelle Vielfalt in der Ausbildung“ statt, in der Beispiele von Vorzeigemodellen gesucht werden. Bewerben können sich Unternehmen aller Größen, die ihren Sitz in Deutschland haben. Einsendeschluss für die Unterlagen ist der 14. Dezember 2007.

Weitere Informationen unter www.vielfalt-als-chance.de/wettbewerb

Ingrid Fischbach neue Vorsitzende der Gruppe der Frauen

Die Bundestagsabgeordnete Ingrid Fischbach MdB (Nordrhein-Westfalen) ist neue Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie folgt in dieser Funktion Ursula Heinen MdB, die in der vergangenen Woche zur Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz berufen wurde. Ingrid Fischbach engagiert sich seit ihrem Eintritt in den Deutschen Bundestag im Jahr 1998 im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und bringt nun ihre Expertise in die Gruppe der Frauen.

Die Parlamentarierinnen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sich bereits 1980 zu einer soziologischen Gruppe zusammengeschlossen, um geleitet von dem Grundsatz "Gemeinsam sind wir stärker" ihre Kräfte und Kompetenzen sinnvoll zu bündeln. Die Gruppe der Frauen umfasst in dieser Legislaturperiode 46 Mitglieder. Ingrid Fischbach kündigte an, weiter im Sinne der Netzwerkbildung nach innen und außen zu wirken. Thematisch sehe sie sich dem frauenpolitischen Querschnittsansatz der Gruppe der Frauen verpflichtet. Auf jeden Fall werde sie den Focus auf die Themen Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Durchsetzung der Frauenrechte als Menschenrechte, Rente und Pflege richten.

- TERMINVORSCHAU - DER GDF-SITZUNGEN

Donnerstag, 11. Oktober 2007, 13.15 Uhr:
Christine Henry-Huthmacher (KAS) Dr. Ilse Wehrmann und Axel Thelen zu den Ergebnissen der KAS-Studie „Kinder in den besten Händen“

Donnerstag, 11. Oktober 2007, 15.00 Uhr:
Round-Table-Gespräch zum Thema „Situation der Archivierung von Frauengeschichte in Deutschland“

Donnerstag, 25. Oktober 2007, 13.15 Uhr:
Helga Roesgen, Präsidentin des Bundesamtes für den Zivildienst, zum Thema „Wehrpflicht für Frauen?“

Sonntag/Montag, 25./26. November 2007:
Klausurtagung der Gruppe der Frauen mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel



Ursula Heinen MdB (links) gratuliert Ingrid Fischbach MdB zur Wahl

IMPRESSUM

Herausgeber
Dr. Norbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ursula Heinen MdB
Redaktion: Miriam Rado
(verantwortl.)
Telefon (030) 227 58957
Telefax (030) 227 56093
E-Mail: GruppederFrauen@cducsu.de
www.cducsu.de/gdf